Deutscher Bundestag **Drucksache 16/3244**

16. Wahlperiode 02. 11. 2006

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Monika Lazar, Undine Kurth (Quedlinburg), Volker Beck (Köln), Katrin Göring-Eckardt, Irmingard Schewe-Gerigk, Silke Stokar von Neuforn, Wolfgang Wieland und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Verantwortliches und abgestimmtes Handeln von Bund und Land Sachsen-Anhalt gegen Rechtsextremismus

Rechtsextremismus basiert auf einer Ablehnung unseres demokratischen Verfassungsstaates und muss gemeinsam von Bund, Ländern und Kommunen unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft entschieden bekämpft werden.

Auf Bundesebene wurden 2001 im Rahmen des Aktionsprogramms „Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ die Programme „Civitas“ und „entimon“ aufgelegt, aus denen zivilgesellschaftliche Initiativen Fördermittel erhielten. Dieses Engagement war oft erfolgreich. Dennoch reichte es in vielen Regionen nicht aus, um rechtsextremistische Aktivitäten zu unterbinden. Rechtsextreme Akteure vernetzen sich weiterhin und verstärken ihre Organisationsstrukturen; Wahlerfolge der NPD und auch der DVU in Landes- und Kommunalparlamenten machen diese Entwicklung sichtbar.

Rechtsextremismus ist ein gesamtdeutsches Problem, das jedoch in lokal unterschiedlicher Ausprägung auftritt. Das Bundesland Sachsen-Anhalt hat in den vergangenen Jahren einen deutlichen Anstieg rechtsextremer Straf- und Gewalttaten erfahren. Im Landesverfassungsschutzbericht weist die Landesregierung für das Jahr 2005 eine Zahl von 1 100 Straftaten mit rechtsextremem Hintergrund aus (2004: 741). Die Anzahl der Gewalttaten nahm ebenfalls stark zu. Im Jahr 2005 registrierte die Landesregierung 107 rechtsextreme Gewalttaten (2004: 71). Bezogen auf die rechtsextremen Gewalttaten pro 100 000 Einwohner erreicht Sachsen-Anhalt damit bundesweit mit 4,3 einen traurigen Höchstwert. Der Anstieg der rechtsextremen Straf- und Gewalttaten hat sich im Jahr 2006 fortgesetzt und verstärkt. Nach Aussagen der Landesregierung Sachsen-Anhalt wurden im ersten Halbjahr 2006 bereits 534 rechtsextreme Straftaten registriert. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum entspricht dies einem Anstieg von 36,9 Prozent. Auch die rechtsextremen Gewalttaten in Sachsen-Anhalt sind im Jahr 2006 weiter angestiegen. Die Mobile Beratung für Opfer rechtsextremer Gewalt weist für das erste Halbjahr 2006 bislang 96 solcher Gewalttaten aus, im Vergleichszeitraum wurden 77 Gewalttaten gezählt, was einer Steigerung um 24,7 Prozent entspricht.

Symptomatisch für die Entwicklung des rechtsextremen Bedrohungspotenzials in Sachsen-Anhalt stehen die Ereignisse von Pömmelte, Pretzien und Parey. In Pömmelte wurde Anfang Januar 2006 ein 12-jähriger Junge von rechtsextremen Gewalttätern über Stunden gequält. In Pretzien verbrannten Ende Juni mehrere Rechtsextreme öffentlich ein Exemplar des Tagebuchs der Anne Frank. In Parey wurde Anfang Oktober ein Schüler von Rechtsextremen gezwungen, ein Schild mit der Aufschrift „Ich bin im Ort das größte Schwein, ich lass mich nur mit

Juden ein!“ zu tragen. Die genannten Taten haben wegen ihrer Schwere hohe öffentliche Aufmerksamkeit erfahren, gleichwohl stellen sie nur die Spitze des Eisbergs dar.

Zu einem vollständigen Gesamtbild rechtsextremer Entwicklungen in Sachsen-Anhalt gehören weiterhin das Erstarken der rechtsextremen NPD und eine erhöhte Mobilisierungsfähigkeit so genannter freier Kameradschaften. Zunehmend gelingt es Rechtsextremen außerdem, im Rahmen einer Wortergreifungsstrategie politische Diskurse zu besetzen und für sich zu nutzen. Unter dem Deckmantel von Aktionen wie „Kinderfesten“ oder scheinbar unpolitischen Fußballturnieren wird versucht, Anschluss an breitere Bevölkerungsschichten zu finden.

Den sachsen-anhaltischen Innenminister Holger Hövelmann hat die Entwicklung des Rechtsextremismus in Deutschland, und insbesondere in Sachsen-Anhalt, in einem Interview mit „SPIEGEL ONLINE“ am 18. Oktober 2006 dazu bewogen, von der Entstehung „rechtsextremer Parallelgesellschaften“ zu sprechen. Die Entstehung solcher Parallelgesellschaften – egal in welchem Bundesland – wäre ein verheerendes Signal für die Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland. Der Kampf gegen Rechtsextremismus muss deshalb fortgesetzt und intensiviert werden. Dabei darf die Verantwortung nicht nur auf die Bundesebene konzentriert sein, sondern muss vom Bund, von den Ländern, Kommunen und von der Zivilgesellschaft gemeinsam und abgestimmt wahrgenommen werden.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Stimmt die Bundesregierung der Einschätzung des sachsen-anhaltischen Innenministers Holger Hövelmann zu, in Deutschland würden sich „rechtsextreme Parallelgesellschaften“ entwickeln?
2. Stimmt die Bundesregierung der Einschätzung zu, dass in einigen Gebieten der Bundesrepublik Deutschland Rechtsextreme auf dem Weg sind, lokal begrenzt eine kulturelle Hegemonie zu erreichen?
3. Welche Aktivitäten sind der Bundesregierung bekannt, die das Land Sachsen-Anhalt entfaltet hat, um eine Zurückdrängung des Rechtsextremismus zu erreichen?
4. Welche Projekte gegen Rechtsextremismus in Sachsen-Anhalt erhielten in den Jahren 2001 bis 2006 Fördermittel über die Bundesprogramme Civitas und entimon?
5. Bei welchen dieser Projekte waren die Kommunen vor Ort inhaltlich in die Arbeit einbezogen?
6. Wie hoch sind nach Jahren aufgeschlüsselt die Gesamtsummen der Fördermittel, die über diese Bundesprogramme in das Bundesland Sachsen-Anhalt flossen?
7. Wie hoch lag dabei die durchschnittliche Fördersumme pro Projekt?
8. Wie hoch lag bei den jeweiligen Projekten der Anteil der Kofinanzierung des Landes Sachsen-Anhalt?
9. Stimmt die Bundesregierung der Aussage zu, dass sich die bisherigen Maßnahmen zur Beförderung des demokratischen Engagements und zur Zurückdrängung des Rechtsextremismus in Sachsen-Anhalt als nicht ausreichend erwiesen haben?

   Wenn ja, was will die Bundesregierung zusätzlich unternehmen?

   Wenn nein, warum nicht?

Berlin, den 2. November 2006

Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333